



Foto: iz3w-Archiv

»Eine neue Form der Plünderung«

Interview mit Raúl Moreno über das EU-Assoziierungsabkommen mit Zentralamerika

Der salvadorianische Ökonom Raúl Moreno ist in der Alianza Social Continental aktiv, einem gesamtamerikanischen Netzwerk von NGOs, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Das Netzwerk hat sich seit 1997 als Gegenbewegung zu den Freihandelsabkommen in der Region entwickelt. Morenos bisherige Erfahrungen damit bilden die Ausgangsbasis für seinen vehementen Widerstand gegen das geplante Abkommen mit der EU.

► **Ökumenisches Büro:** Was ist das Assoziierungsabkommen?

► **Raúl Moreno:** Das Assoziierungsabkommen (Acuerdo de Asociación) ist ein politisches Instrument, mit dem die Europäische Union im Wettlauf mit anderen Wirtschaftsblöcken ihre Kontrolle von Märkten und Ressourcen ausbaut. Auf diese Weise wird der Aufbau einer Rechtsordnung vorangetrieben, die es europäischen Unternehmen ermöglichen soll, die natürlichen Ressourcen der Region zu kontrollieren und in den dortigen Dienstleistungssektor einzusteigen.

Formal besteht das Abkommen aus drei Teilen: dem Kooperationsabkommen, dem politischen Dialog und dem Freihandelsab-

kommen. In der offiziellen Darstellung geht die EU über ein bilaterales Freihandelsabkommen hinaus, indem die Zusammenarbeit mit der EU und die Integration Zentralamerikas gefördert wird – alles unter dem Leitbild der Entwicklung. Die Wirklichkeit steht im krassen Gegensatz zu dieser Darstellung. Denn die wirtschaftlichen Forderungen der EU unterscheiden sich in der Praxis nicht von denen der Vereinigten Staaten, wie sie in CAFTA-DR (Central

America-Dominican Republic Free Trade Agreement) und anderen Freihandelsverträgen zum Ausdruck kommen. Beide streben die weitere wirtschaftliche Öffnung Lateinamerikas und der Karibik an, eine weitergehende Privatisierung bei den staatlichen Dienstleistungen und Staatsunternehmen,

weitere Deregulierung, Schutz für Investitionen und Ausweitung des Schutzes geistigen Eigentums.

Die Teile Kooperation und Politischer Dialog des Assoziierungsabkommens sind schmückendes Beiwerk. So findet man zu Menschenrechten, Sozial- und Umweltstandards nur ermahnende Formulierungen, ohne Anwendungs- und Kontrollmechanismen. Sie sollen dem europäischen Neoliberalismus ein »menschliches Antlitz« geben und verbergen, dass das entscheidende Element des Assoziierungsabkommens der Freihandelsvertrag ist. Das oberste Ziel ist, dass die europäischen Unternehmen dieselben Privilegien bekommen, die die US-Unternehmen durch CAFTA-DR in Zentralamerika haben, und diese noch übertreffen.

► Welche Position nimmt die Alianza Social Continental gegenüber dem Assoziierungsabkommen ein?

► In der Alianza Social Continental fordern wir für alle das unabdingbare Recht, über ihre Zukunft entscheiden zu können. Und wir sind nicht bereit, uns der Logik von Angebot und Nachfrage anzuliefern. Genauso wenig akzeptieren wir die Plünderung der Umwelt und unserer Rohstoffe.

»Wir sind nicht bereit, uns der Logik von Angebot und Nachfrage anzuliefern«

Der Fehlschlag der neoliberalen Politik und die negativen Folgen der bereits umgesetzten Freihandelsverträge in der Region stärken unsere Kritik und Ablehnung gegenüber diesen Herrschaftsinstrumenten. Wir bleiben bei dem strikten Widerstand gegen die Ausweitung von Freihandelsverträgen und irgendwelchen anderen Abkommen auf der Grundlage des neoliberalen Modells. Aber diese Verträge zum Scheitern zu bringen, ist für uns nur ein erster Schritt. Die Strategie besteht darin, Alternativen zum Modell der herrschenden »Integration« aufzubauen.

► *Welche Erfahrungen wurden in El Salvador mit Freihandelsverträgen gemacht?*

► El Salvador hat mindestens fünf Freihandelsverträge unterschrieben, von denen CAFTA-DR das Wichtigste ist. Heute, mehr als zwei Jahre nach der Einführung, geben seine Auswirkungen einen Ausblick auf die negativen Folgen, die wir auch vom Assoziierungsabkommen erwarten. Letzteres wird die in CAFTA-DR eingeführte Bestimmung aufgreifen, dass Produktion und Vertrieb von Produkten, die nicht im Einklang mit den neuen Schutzbestimmungen für das Geistige Eigentum stehen, strafrechtlich zu verfolgen sind.

Zu diesen Produkten gehören generische Medikamente, die patentierte chemische Komponenten enthalten [aber von Firmen hergestellt wurden, die die Patente nicht nutzen dürfen, d.Ü.]. In diesem Sinne werden die Gewinne der europäischen Pharmakonzerne über das Recht der Bevölkerung auf Gesundheitsversorgung gesetzt. Die Beschränkung der Generika grenzt den Zugang zu kostengünstigen Medikamenten ein. Auch die 28 öffentlichen Krankenhäuser sind in die Liste der Institutionen aufgenommen, die ihre Ausschreibungen für Waren und Dienstleistungen ausländischen Unternehmen zu identischen Bedingungen wie salvadorianischen Unternehmen öffnen müssen. Unter diesen Bedingungen wird der salvadorianische Staat nicht mehr die Möglichkeit haben, die nationale Produktion mit Anreizen zu fördern. In der Ausschreibung wird es nur noch um den »niedrigsten Preis« gehen.

Zudem würden die Prinzipien der Ernährungssouveränität verletzt werden. Denn die Verträge erlauben, dass transnationale Konzerne die Nahrungsmittelproduktion monopolisieren, sie mit Patenten und Eigentumsrechten an genetisch veränderten Saatgut Profit machen, dass sie den traditionell angebauten Pflanzen ein Ende bereiten und der Gesundheit und der Umwelt schaden. Zusätzlich wird ihnen noch das Recht erteilt, Pflanzen und Mikroorganismen unseres Ökosystems zu patentieren. Die transnationalen Konzerne bekommen die Möglichkeit, Bauern zu

verklagen, die diese »Rechte« verletzen, und können sie vertraglich zwingen, bei ihnen ihr Saatgut zu kaufen. Hiermit wird unser Recht eingeschränkt, unsere eigenen gesunden und nahrhaften Lebensmittel zu erzeugen.

Mit dem Vertragskapitel »Investitionen« wird die Unterdrückung jeglicher Regulierung im Umgang mit ausländischen Unternehmen besiegelt. Dies geschieht mittels der Klauseln zu den Rechten der Investoren gegenüber dem Staat. Damit bekommen sie die Möglichkeit, gegen Staaten vor internationale Schiedsgerichte zu ziehen, wenn ihre Gewinne oder Gewinnerwartungen durch politische Maßnahmen eingeschränkt sind.

CAFTA-DR und das Assoziierungsabkommen, genauso wie das Allgemeine Dienstleistungsabkommen (GATS), sehen im Wasser nur eine Ware, mit der man Handel treiben kann. Dadurch verliert es seinen Charakter eines öffentlichen Gutes und seine Funktion als wesentliche Ressource, um in Würde leben zu können. Das Wasser ist eine strategische Ressource, die des Schutzes durch den Staat bedarf. Gleichwohl passt dies nicht in die Logik des Assoziierungsabkommen, denn jede Maßnahme, die den Gebrauch dieser Ressource als handelbares Gut behindert, kann als indirekte Enteignung interpretiert werden, wodurch die Staaten sich der Gefahr der Strafverfolgung vor internationalen Schiedsgerichten aussetzen.

Das Assoziierungsabkommen wird eine neue Form der Plünderung und Unterwerfung der salvadorianischen Bevölkerung legitimieren. Es stellt sich als Annektionsinstrument dar, das die Staatssouveränität erodiert. Sein Inkrafttreten bedeutet einen Rückschritt gegenüber der geltenden Rechtsordnung.

► *Welche Zusammenhänge bestehen zwischen den Freihandelsverträgen, den Mega-investitionsprojekten und der Militarisierung der Region?*

► Die hegemoniale Strategie der Industrienächte verfolgt das Ziel, Kontrolle über die natürlichen Ressourcen Wasser, Biodiversität, Erdöl, Erdgas, Land und Energie zu erlangen. Dies stellen sie über die Freihandelsabkommen, die Megainvestitionsprojekte und die Militarisierung sicher. Die Inhalte der Freihandelsabkommen schaffen einen juristischen Rahmen für die transnationalen Unternehmen, durch den ihnen die Aneignung und Kontrolle der Ressourcen erlaubt wird. Die Megainvestitionsprojekte werden durch internationale Finanzinstitutionen gefördert, durch regionale Banken, durch die US-Organisation Millennium Challenge Corporation. Sie sollen die notwendige ökonomische Infrastruktur schaffen, damit die in der Region tätigen transnationalen Konzerne effizient arbeiten können. Die Militarisierung stellt die

repressive Komponente dieser Herrschaftsstrategie dar. In den letzten Jahren wurden Anti-Terror- und Anti-Banden-Gesetze in den Ländern der Region erlassen, mit denen die Repression gegen oppositionelle Kräfte legitimiert wird – unter dem Vorwand, gegen den Terrorismus und das organisierte Verbrechen vorzugehen.

► *Wie sollten die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen der EU und Zentralamerika stattdessen aussehen?*

► Die Bevölkerung Zentralamerikas muss in der Lage sein, selbst den Kurs ihrer wirtschaftlichen, sozialen oder politischen Entwicklung festzulegen. Das bedeutet, dass die EU ihre hegemoniale Strategie aufgeben muss. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Nationen müssen von der Anerkennung der Asymmetrie zwischen den Beteiligten ausgehen. Das heißt, den wirtschaftlich Schwächeren muss eine differenzierte Vorzugsbehandlung eingeräumt werden.

Andererseits müssen die Länder Europas die Bezahlung der historischen, ökologischen und sozialen Schuld in Angriff nehmen, die Europa seit der Eroberung Amerikas angehäuft hat. Die Jahrhunderte lange Ausbeutung und Plünderung unserer natürlichen Ressourcen, zu der seit dem vergangenen Jahrhundert das Eindringen der europäischen Konzerne gekommen ist, hat erhebliche ökologische und soziale Auswirkungen auf die Bevölkerung Zentralamerikas gehabt.

Das Assoziierungsabkommen stellt uns vor gemeinsame Herausforderungen. Es ist eine Gelegenheit, die Solidarität zwischen der Bevölkerung Zentralamerikas und Europas im Kampf gegen neoliberale Projekte zu stärken und gemeinsam Alternativen aufzubauen.

Trotz des Existierens bedeutender Unterschiede bei den Auswirkungen von neoliberaler Politik gibt es auch gemeinsame Folgen. Deren Benennung ist entscheidend für die Entwicklung eines kritischen Bewusstseins der BürgerInnen. Es bietet sich an, sowohl in Europa als auch in Zentralamerika die folgenden Effekte sichtbar zu machen: die wachsende Privatisierungswelle bei den öffentlichen Dienstleistungen und beim Verkauf von Staatsbetrieben, die negativen Auswirkungen des Klimawandels, der beschleunigt voran getriebene Schutz des geistigen Eigentums als Weg, sich die natürlichen Ressourcen anzueignen, die fortschreitende Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und die Strafverschärfungen gegenüber MigrantInnen.

► Das (hier gekürzte) Interview führte das **Ökumenische Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V.** aus München. Zusammen mit Raúl Moreno initiierte es die Kampagne gegen das Assoziierungsabkommen EU-Zentralamerika »kolonisiert – koffeiniert – assoziiert oder: gegen die europäische Zubereitung Zentralamerikas« (www.stop-assoziierung.de).